

Fachinformationen Europa, Freitag, 10. Mai 2019

Für Europa muss man aufstehen und wählen - Weezer Europapolitische Deklaration verabschiedet

Der 12. Gemeinsame Europatag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Österreichischen Gemeindebundes tagte am 09. und 10. Mai 2019 in Weeze (Nordrhein-Westfalen).



Pünktlich zum Europatag und im Vorfeld der Europawahlen am 26. Mai. Zu Gast waren auch Vertreter niederländischer Kommunen aus dem Grenzraum.

Insbesondere im Hinblick auf die Europawahlen und die Neuwahl der Europäischen Kommission im Herbst diesen Jahres wurde dabei einstimmig die Weezer Europapolitische Deklaration der Städte und Gemeinden verabschiedet. „Für Europa muss man aufstehen und Gesicht zeigen“, so der Vorsitzende des DStGBEuropaausschusses Amtsdirektor Rainer Jürgensen, Bürgermeister Ulrich Francken und Präsident Alfred Riedl vom Österreichischen Gemeindebund. „Nehmen Sie Ihr Wahlrecht an den Europawahlen wahr und machen Sie mit bei Europa!“, so die Spitzen der Kommunalverbände aus Österreich und Deutschland bei der Tagung in Weeze.

In der Weezer Europapolitischen Deklaration wird betont: Europa ist für uns alle nicht nur Garant für Wachstum, Wohlstand und Stabilität, sondern vor allem – und nicht zu vergessen – für Frieden. Wir brauchen eine EU, die sich den Menschen erklärt, ihre Vorteile, ihren Nutzen und ihre Unverzichtbarkeit überzeugend darlegt und aufzeigt. Dazu bedarf es einer echten und fairen europäischen Partnerschaft aller öffentlichen Ebenen: der EU, der Mitgliedstaaten, der Länder und Regionen und nicht zuletzt der Städte und Gemeinden. Nur dann wird es Populisten mit ihren einfachen Parolen nicht mehr gelingen, Menschen gegen Europa in Bewegung zu bringen.

Die beiden Kommunalverbände wurden hier durch die Grußworte des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, sowie des Commissaris van de Koning der Provinz Limburg, Theo Bovens (NL), ausdrücklich unterstützt.

Gerade die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Städtepartnerschaftsbewegung kann die Menschen für Europa begeistern. Zur Stärkung dieser Partnerschaften sollte es daher zu einer großzügigeren und einfacheren Förderung der Aktivitäten kommen. Wie das? Mit einem Euro pro Einwohner im Jahr aus dem Haushalt der EU, fordern die Kommunen hierzu finanzielle und ideelle Unterstützung. Was eines der Kernpolitikbereiche der Europäischen Union, die Binnenmarktpolitik betrifft, so spricht sich die Erklärung für die Beibehaltung des

öffentlichen Systems der Daseinsvorsorge aus (Wasserversorgung, ÖPNV). Die EUPolitik „muss akzeptieren, dass kommunale Daseinsvorsorge kein Hindernis für einen erfolgreichen EU-Binnenmarkt ist, sondern dessen Voraussetzung“. Ferner sprechen sich die Städte und Gemeinden für eine zügige Umsetzung der angestrebten EU-Asyl- und Migrationspolitik aus und unterstützen die EU darin, den EU-weiten Grenzschutz zu stärken, den betroffenen Nationalstaaten bei der Integration von anerkannten Flüchtlingen zu helfen sowie den Migrationsdruck durch eine Ausbildungsinitiative für Migranten mit Rückkehrverpflichtung zu vermindern. Weiterer Schwerpunkt der Tagung war die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Hierzu stellte der Vorsitzende der Euregio Rhein-Waal, Bürgermeister Ulrich Francken, die aktuellen Themen, Inhalte und Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor. Zur Arbeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat berichteten kommunale Delegierte. Aus der Sicht des Landes berichtete der KGRE-Delegierte des Landes NRW, Dr. Günther J. Bergmann, MdL von der Arbeit in diesem Gremium.

Die Grundsteuerreform, der Breitbandausbau und das ernste Problem der Gewalt und Gewaltandrohungen gegen Bürgermeister/-innen und kommunale Mandatsträger/-innen waren weitere Themen des deutsch-österreichischen kommunalen Austausches in Weeze.